

## Pressemitteilung

### **Bauindustrieverband begrüßt Novelle zum Hessischen Vergabegesetz Aber Kritik an Vergabepraxis**

Wiesbaden, 07.07.2021

Auch im Internet abrufbar: [www.bauindustrie-mitte.de](http://www.bauindustrie-mitte.de)

Das Hessische Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) soll novelliert werden. Ziel ist es, die Vergabe öffentlicher Aufträge zu vereinfachen und zu beschleunigen und die Einhaltung tariflicher oder gesetzlicher Mindestarbeitsbescheinigungen sicher zu stellen. Am 6. Juli 2021 fand im Hessischen Landtag die zweite Lesung zum Entwurf des HVTG statt, am 7. Juli beriet der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen einen Änderungsantrag der Fraktion CDU und Die Grünen. Am 8. Juli soll im Plenum die dritte Lesung und die Beschlussfassung erfolgen.

Der Bauindustrieverband Hessen-Thüringen (BIV) begrüßt wesentliche Teile der Gesetzesnovelle, vor allem die Einrichtung von Vergabekompetenzstellen. „Diese Kompetenzstellen werden dazu führen, dass Vergabeverstöße deutlich reduziert werden können. Bieter erhalten die Möglichkeit, vor Vergabe des Auftrages Verstöße im Vergabeverfahren rechtsstaatlich überprüfen zu lassen. Das wird zu mehr Transparenz führen“, sagt Burkhard Siebert, Hauptgeschäftsführer des BIV.

Der Bauindustrieverband begrüßt vor allem, dass tarifliche Mindestbedingungen gestärkt werden sollen. „Dann allerdings muss der öffentliche Auftraggeber Tariftreue im Vergabeverfahren auch bewerten – und honorieren“, bekräftigt Burkhard Siebert seine – in der Anhörung im Fachausschuss am 2. Juni 2021 vorgetragene – Kritik: „Den Billigsten zu beauftragen und trotzdem hohe Arbeits- und Entgeltbedingungen für die Mitarbeiter der Bieter zu fordern, passt nicht zusammen. Das entspricht aber derzeit der gelebten Vergabepaxis. Wichtig ist, dass Bauunternehmen, die sich durch Mitgliedschaft in einem Arbeitgeberverband zum Tarifsysteem bekennen, dafür auch belohnt werden, indem öffentliche Auftraggeber bei Angeboten von tarifgebundenen Unternehmen einen entsprechend höheren Preis akzeptieren müssten. Das wäre ein wirkliches politisches Bekenntnis zu unserem Tarifsysteem.“